



Dringliches Postulat

32/11 betreffend Ziele und Forderungen für Kooperations- und Fusionsverhandlungen – Katalog des Gemeinderates zuhanden der Stimmberechtigten

I. Ausgangslage

Das Projekt „Starke Stadtregion“ sieht vor, dass die Stimmberechtigten der betroffenen Gemeinden im November über den nächsten Projektschritt (Aufnahme von Kooperations- oder Fusionsverhandlungen) abstimmen können. Die Motion betreffend Sistierung des Projekts Starke Stadtregion verlangt nun eine Verschiebung dieses Abstimmungstermins. Die FDP Emmen unterstützt gemäss ihrer Medienmitteilung den Vorstoss voraussichtlich, wenn auch aus anderen Gründen als die Motionäre. Sie fordert vom Gemeinderat zuerst noch einige Fakten, insbesondere in Zusammenhang mit den Finanzen (Businessplan).

Ein Verschieben des Abstimmungstermins ist höchst problematisch:

- Einerseits wurde das Projekt durch die fünf betroffenen Gemeinden gemeinsam aufgegleist. Sie haben eine gemeinsame und koordinierte Terminplanung aufgestellt. Mit der Verschiebung des Abstimmungstermins kann kein koordiniertes Verfahren gewährleistet werden. Das Projekt droht zu scheitern, bevor sich die Stimmberechtigten zum weiteren Projektverlauf äussern konnten.
- Andererseits liegen der geforderten Daten für die Erstellung eines aussagekräftigen Businessplans im jetzigen Projektstadium noch nicht vor. Die gestellten Forderungen können vor dem Entscheid, ob überhaupt Verhandlungen im Hinblick auf eine verstärkte Kooperation oder Fusion aufgenommen werden, nicht erfüllt werden. Auch ein Verschieben des Abstimmungstermins vermag an dieser Tatsache nichts zu ändern. Denn im Herbst entscheiden die Stimmberechtigten nicht über eine Fusion oder verstärkte Kooperation. Sie entscheiden lediglich, ob entsprechende Verhandlungen aufgenommen werden sollen. Klare und stichhaltige Fakten zur Finanzlage liegen erst vor, wenn die Organisation, die Aufgaben, die Leistungsniveaus, etc. detailliert definiert werden und wenn man weiss, welche Gemeinden am nächsten Projektschritt teilnehmen. Erst dann kann ein vernünftiger Aufgaben- und Finanzplan erstellt werden. Die Erarbeitung eines Businessplans im jetzigen Projektstadium ist verfehlt und (gerade aus ökonomischer Sicht) nicht sinnvoll.

II. Forderung

Es steht ausser Frage, dass vor einer allfälligen verstärkten Kooperation oder Fusion klare Fakten zur finanziellen Entwicklung (Kantonsbeitrag, Steuerfuss, Finanzplan, etc.) auf dem Tisch liegen müssen. Auch andere Aspekte gilt es im Rahmen der Verhandlungen zu klären, sofern die Stimmberechtigten einer Weiterführung des Projekts im Herbst überhaupt zustimmen. Der Gemeinderat soll deshalb mit klaren Vorstellungen in die künftigen Verhandlungen eintreten. Die Anliegen der Emmer Bürgerinnen und Bürger sind im weiteren Projektverlauf durch den Gemeinderat umfassend einzubringen.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert, zusammen mit dem Einwohnerrat bzw. der Begleitkommission „Starke Stadtregion“, in der alle Fraktionen mit zwei Personen vertreten sind, einen Katalog mit Zielen und Forderungen für Kooperations- oder Fusionsverhandlungen zu formulieren. Der Katalog ist den Stimmberechtigten vor der Abstimmung im Herbst zur Kenntnis zu bringen. Insbesondere für den Fall einer Fusion sind unter anderem für folgende Bereiche klare Ziele zu definieren:

- Minderheitsanliegen der Gemeinde Emmen (z.B. Flugplatz Emmen);
- Aufgaben- und Finanzplan (inkl. mittelfristige finanzielle Auswirkungen);
- Politische Strukturen (vor allem Schaffung eines Wahlkreises Emmen);
- Volkswahl der Bürgerrechtskommission;
- Stadtteil- und Quartierpolitik;
- Vereinspolitik.

Der Forderungskatalog soll den Parteien zur Entscheidungsfindung für die Abstimmung im kommenden Herbst dienen können. Die Parteien sollen sehen, was der Gemeinderat in den Verhandlungen anstreben will. Zudem wird durch eine klare Definition der Ziele und Forderungen das Resultat allfälliger Kooperations- oder Fusionsverhandlungen transparent. Und schliesslich haben die Parteien die Möglichkeit, ihre Forderungen für den weiteren Prozess beim Gemeinderat zu platzieren, so dass eine Verschiebung des Abstimmungstermins nicht notwendig ist.

Emmenbrücke, 13. Mai 2011

Christian Blunschi, Fraktionsvorsteher CVP Emmen